



Rückenwind für die Atombranche?

Zahlreiche Länder bleiben bei der Atompolitik auf gewohntem Kurs

Filmstill aus
 »Beyond the Cloud Yonaoshi 3.11«
 Foto: © Keiko Courdy

Nach einer kurzen Atempause nach dem Unfall in Japan setzen – zumindest politisch – viele Länder erneut auf den Ausbau der Atomkraft. Wenngleich die weltweiten Kapazitäten an Kernenergie am Energiemix derzeit nicht zunehmen und der Bau vieler Reaktoren länger dauert als geplant, ist der politische Wille zum Atomstaat vielerorts ungebrochen.

von **Harald Möller**

► Nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima am 11.3.2011 schien ein internationaler Atomausstieg kurze Zeit in Sicht. Fast alle Regierungen der Welt, die Atomprogramme verfolgt hatten, unterwarfen diese einer grundsätzlichen Überprüfung und deuteten Bereitschaft zu einer Energiewende an. Drei Jahre nach Fukushima ist hiervon keine Rede mehr. Stattdessen muss davon ausgegangen werden, dass sich auf internationaler Ebene eine sehr machtvolle Konstellation gegen eine Energiewende herausbildet.

Zwei Hauptträger dieses »Ausstiegs aus der Energiewendediskussion« sind die französische und die russische Regierung – was angesichts der Abhängigkeit beider Länder von Atomkraft sowie der Positionen der politisch Herrschenden nicht unbedingt verwundert. So wird in Frankreich fast 80 Prozent des erzeugten Stroms in AKWs erzeugt. Und Russlands Füh-

rung sieht Fukushima als Chance, die es zu nutzen gilt. Der Anteil der Atomenergie an der Stromproduktion soll durch den Bau von neuen, jetzt angeblich sicheren AKWs stark erhöht werden. Und der Export von AKWs wird massiv gefördert.

Ein weiterer »Aussteiger« sitzt in Japan. Dort kam Ende 2012 eine neue konservativ-liberale Regierung an die Macht, die mit der alten Regierung weitgehend identisch ist. Diese trug die Verantwortung für den Ausbau der Atomindustrie in einem hochgradig erdbebengefährdeten Land. Die Atomindustrie reagierte. Der Fukushima-Betreiber Tepco kündigte zu Beginn des Jahres 2014 den Bau neuer AKWs an. Außerdem wurden bis Juli 2014 19 Anträge für die Wiederinbetriebnahme von abgeschalteten Reaktoren eingereicht. Im April 2014 beschloss die japanische Regierung dann einen Energieplan, in dem die

Atomkraft als wichtige Quelle zur Abdeckung der Grundlast bei der Energieversorgung bezeichnet wird. Außerdem soll ein System zur Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennstäbe geschaffen werden. Eng verknüpft ist dies mit einer Neuinterpretation der japanischen Verfassung durch die Regierung von Ministerpräsident Abe, die in direktem Widerspruch zum Text der – ausgesprochen pazifistischen – Verfassung von 1947 davon ausgeht, dass Japan ein Recht auf den Einsatz von Gewalt zur Selbstverteidigung habe.¹ Wahrscheinlich werden – so Positionen von Experten – ein dutzend AKWs wieder in Betrieb gehen und auch die nuklearen Wiederaufarbeitungsanlagen weiter betrieben werden. Aktuell versucht die Regierung, die erneute Inbetriebnahme der zwei Sendai-AKW's bis Ende des Jahres durchzudrücken – bislang mit Erfolg.

Allen Gefahren zum Trotz

► Darüber hinaus verfolgen mehrere Länder in Nah- und Fernost ehrgeizige Industrialisierungsprogramme, die einen enormen »Energiehunger« nach sich ziehen werden. Eine Lösung dieses Problems sehen sie nur im Ausbau der Atomkraft. Erstens hat die chine-

sische Regierung infolgedessen 2012 einen Grundsatzbeschluss zum Ausbau der Atomkraft getroffen. Der Bau von aktuell 28 AKWs wird seitdem fortgesetzt. Auch hat sich die Volksrepublik für den Export von AKWs entschieden. So schloss im Oktober 2013 ein chinesisch-französisches Konsortium mit der britischen Regierung eine Vereinbarung zum Bau von zwei Reaktoren in Hinkley Point C.

Saudi Arabien hat im Jahr 2013 alte Pläne für den Bau von 16 AKWs neu aufgelegt. Und Indien setzt den Bau von sechs AKWs fort. Südkoreanische Konzerne erhielten 2009 einen Auftrag für den Bau von zwei (optional vier) AKWs in den Vereinigten Arabischen Emiraten, mit deren Bau 2012 begonnen wurde. Das Auftragsvolumen dieser Projekte dürfte in der Größenordnung von mehreren hundert Milliarden US-Dollar liegen.

Übersehen werden bei diesem »Ja« zur Atomkraft nicht nur all die grundsätzlichen

Energiehunger mit ‚Ja‘ zur Atomkraft

Probleme der Atomenergie, wie die Gefahren einer militärischen Nutzung oder die ungeklärte – und nicht klärbare – Endlagerung von hochgradig strahlendem Material. Übersehen wird auch, dass AKW-Projekte in stark erdbebengefährdeten Ländern verfolgt werden.

Dabei haben zwei Erdbeben im April 2013 im Iran die Gefahren eindrucksvoll vor Augen geführt. Selbst in Dubai und Delhi waren die Stöße dieser Beben noch deutlich zu spüren.

Fast alle Großen im internationalen Atomgeschäft, die nach Fukushima zeitweilig nachdenklich wurden, haben die Fortsetzung bisheriger Projekte beschlossen – allerdings auf deutlich reduziertem Niveau. Dies betrifft vor allem die USA – wo aktuell fünf Reaktoren gebaut werden – und Großbritannien. Die Bundesrepublik – als im Grunde einzig relevante ökonomische Kraft unter den »Großen« im internationalen Energiegeschäft – steht mit dem löblichen Bekenntnis zur Energiewende

derzeit alleine. Und es ist gut möglich, dass diese relative »Isolierung« eine erneute, intensive Diskussion über AKWs in der Bundesrepublik nach sich ziehen kann.

Anmerkung

¹ »Der Wortlaut des Artikels 9 der Verfassung scheint den ‚Einsatz von Gewalt‘ in den internationalen Beziehungen in allen Formen zu verbieten,« stellt Japans Regierung im Juli 2014 fest. Jedoch könne »Artikel 9 der Verfassung möglicherweise nicht so interpretiert werden, dass er Maßnahmen Japans zur Selbstverteidigung verbietet, die notwendig sind, um Frieden und Sicherheit aufrecht zu erhalten und sein Überleben zu sichern (...). Daher ist der Einsatz von Gewalt, begrenzt auf ein notwendiges Mindestmaß, zu diesem Zwecke gestattet.« (Cabinet Decision on Development of Seamless Security Legislation to Ensure Japan's Survival and Protect its People July 1, 2014.)

► **Harald Möller** ist Historiker und Politologe und arbeitet u. a. zu Fragen der Kriegsursachenforschung.

Kohle für Urangeschäfte

Sind deutsche Banken beteiligt?

So unterschiedlich die verschiedenen Urankonzerne sind: Sofern sie neue Projekte erschließen wollen, brauchen sie Geld. Dieses wird nicht nur von Banken zur Verfügung gestellt. Auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit fließt gelegentlich Geld in den Uranabbau.

von **Regine Richter**

► Investitionsmittel erhalten Urankonzerne in der Regel in Form von Krediten oder durch die Ausgabe von Anleihen oder Aktien. Für die Unternehmen Areva, BHP Billiton und Rio Tinto, die zum Beispiel im Niger oder in Namibia und Australien Uran abbauen, ließ urgewald 2013 recherchieren, welche deutschen Banken sie finanziell unterstützt haben. Um zu sehen, ob Banken sich nach dem Unfall in Fukushima bei Atomfinanzierungen zurückhielten, wurden Unternehmenskredite sowie die Ausgabe von Aktien und Anleihen zwischen März 2011 und Januar 2013 untersucht.

Treffer gab es dabei für zwei Banken: die HypoVereinsbank/UniCredit Bank AG und die Deutsche Bank. Die Deutsche Bank verhalf Areva und Rio Tinto im genannten Zeitraum zu über 1,1 Milliarden Euro. Diese Summe setzt sich zusammen aus Unternehmenskrediten über 50 Millionen Euro für Areva sowie die Ausgabe von Anleihen für Areva (100 Millionen Euro) und Rio Tinto (999 Millionen Euro). Die HVB/UniCredit versorgte im glei-

chen Zeitraum Areva und BHP Billiton mit 944 Millionen Euro. Dazu zählen Unternehmenskredite über 93,75 Millionen Euro für Areva und über 369,63 für BHP Billiton sowie die Ausgabe von Anleihen in Höhe von 481 Millionen Euro für BHP Billiton. Keines der drei Unternehmen gab im Untersuchungszeitraum neue Aktien aus.

Geschäfte mit Brückentechnologie

► Das Ergebnis überrascht nicht, gerade die Deutsche Bank setzt ungeachtet der Katastrophe von Fukushima nach wie vor auf die Atomenergie als Brückentechnologie. Sie prüft zwar genauer, schließt Atomenergie – oder Uranfinanzierung aber keineswegs aus. UniCredit/HVB ist vorsichtiger, schließt solche Finanzierungen aber ebenfalls nicht aus. Keine Finanzierung von Uranminen betreibt die Commerzbank. Die Bayern LB finanziert ebenfalls keine Projekte zum Abbau bzw. der Gewinnung von Kernbrennstoffen. Wie diese Regeln ausgelegt

werden, also ob dies nur konkrete Uranminenprojekte umfasst oder sich auch auf Uranfirmen bezieht, müssen zukünftige Projekte und Finanzrecherchen zeigen.

Selbstverpflichtungen sind zuallererst einmal eine Botschaft an die Öffentlichkeit. Wie sie gelebt und umgesetzt werden, hängt von vielen Faktoren ab: von engagierten MitarbeiterInnen in den Banken, die sich für die Umsetzung einsetzen und sie intern überwachen, von öffentlicher Aufmerksamkeit für brisante Themen und von unabhängigen Finanzrecherchen, die überprüfen, ob die Versprechen eingehalten werden.

»Grünes« Uran

► Eine ganz eigene Unterstützung hat übrigens der Uranexporteur Namibia erfahren: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat das namibische Ministerium für Minen und Energie von 2009 bis 2011 dabei unterstützt, die negativen Auswirkungen des Uranbergbaus in der Region Erongo durch eine strategische Umweltpflichtung zu verringern.¹ Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe hat mit dem namibischen Ministerium zusammen gearbeitet, die gutachterlichen Leistungen beliefen sich auf etwa eine Million Euro.

Das erklärte Ziel des Projektes, die negativen Auswirkungen des Uranbergbaus zu reduzieren, ist sicher positiv. Der Bericht des namibischen Bergbau- und Energieministeriums enthält jedoch originelle Ideen: Namibia sollte sich im internationalen Wettbewerb einen Vorteil verschaffen, indem es sein Uran als »grünes« Uran vermarktet. Unvermeidbare Auswirkungen auf die biologische Vielfalt durch den Uranabbau sollen durch »Biodiver-

sitätsmaßnahmen« in anderen Gegenden ersetzt werden (die jedoch tatsächlich bereits eine hohe biologische Vielfalt aufweisen). Beim Tourismus soll der Verlust von Wüstenlandschaft etwa durch Bergbau-Touren ersetzt werden.² Noch absurder als die Idee vom »grünen« Uran ist aus atomkritischer Sicht eigentlich nur die Tatsache, dass sie mit Unterstützung aus dem Atomausstiegsländ Deutschland entwickelt wurde.

Anmerkungen

- 1 www.dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18025.pdf, S.1991, Anlage 8
- 2 »After the green rush? Biodiversity offsets, uranium power and the ‚calculus of casualties‘ in greening growth« Sian Sullivan, April 2012

► **Regine Richter** arbeitet bei urgewald.



Foto:
The Strong National
Museum of Play

Große Spieler

Die größten Uranmengen werden in wenigen Ländern abgebaut, allen voran Kasachstan, Kanada, Australien, Niger, Namibia und Russland. Auch die Vermarktung ist auf wenige Firmen konzentriert. 2013 haben acht Firmen 82 Prozent der weltweiten Uranproduktion vermarktet.

von **Benjamin Paaßen**

► Kasachstan ist mit 36,5 Prozent der Weltproduktion das mit Abstand größte Abbauland und der Staatskonzern Kazatomprom der größte Akteur im Geschäft mit dem »gelben Kuchen«. Kazatomprom wurde in den 1990er Jahren auf Geheiß des Präsidenten Naserbajev gegründet und ist mit der deutschen WestLB verknüpft. In ihrem Zehnjahresbericht berichtet Kazatomprom, die Zusammenarbeit mit der WestLB habe es möglich gemacht, alle Schulden bei kasachischen Banken zurückzuzahlen. Über die sonstigen Details des Deals enthält der Abschnitt nichts.

Auf dem zweiten Platz in Sachen Fördermenge liegt der französische Staatskonzern Areva, der vor allem zwei Minen im afrikani-

Areva kontrolliert die vollständige Verarbeitungskette

schen Niger besitzt und dort bereits seit mehreren Jahren eine weitere Mine plant. Greenpeace hat im Bericht »Left in the Dust« von 2008 die Folgen für Umwelt, lokale Bevölkerung und ArbeiterInnen in der Region kritisiert. Der drittgrößte Konzern ist Cameco, ein kanadisches Unternehmen, das sich durch den Abbau von Uran in den Gebieten der indigenen Bevölkerung von Kanada einen Namen gemacht hat.

Ein Drittel der Umwandlung von »Yellow Cake« in Uranhexafluorid weltweit wird durch den russischen Staatskonzern Rosatom durchgeführt. Ebenfalls prominent sind in diesem Bereich Cameco mit 23 Prozent Weltmarktanteil und Areva mit 19 Prozent Weltmarktanteil.

Für die Anreicherung ist ebenfalls Rosatom mit 44 Prozent Weltmarktanteil das mit Abstand mächtigste Unternehmen. Elf Prozent der Anreicherung wird durch Areva erledigt und 26 Prozent durch das Unternehmen Urenco, das in der EU und den USA aktiv ist und auch die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau betreibt. Auch die Anlage in Lingen zur Produktion von Brennelementen wird von Areva betrieben. Areva ist der einzige Konzern weltweit, der vom Abbau bis zur Herstellung von Atomkraftwerken und der Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen die (beinahe) vollständige Verarbeitungskette des Urans kontrolliert. Ein Endlager hat Areva nicht.

Zur Brennstabsproduktion enthalten weder der Bericht der Euratom Supply Agency der Europäischen Kommission noch das Red Book der OECD konkrete Zahlen. Die größten Kapazitäten befänden sich aber in der EU und die Brennstabsproduktion werde meist von den Herstellern der Atomkraftwerke erledigt.

► **Benjamin Paaßen** ist Aktivist für die Ärzte gegen Atomkrieg (IPPNW).